KONFERENZ DER LANDESFRAUENRÄTE
Bundesweiter Zusammenschluss der Landesfrauenräte

KLFR Konferenz der Landesfrauenräte

DIE KONFERENZ BILDEN

- Landesfrauenrat Baden-Württemberg
- Bayerischer Landesfrauenrat
- Landesfrauenrat Berlin e.V.
- Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
- Landesfrauenrat Bremen – Bremer Frauenausschuss e. V.
- Landesfrauenrat Hamburg e.V.
- LandesFrauenRat Hessen
- Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.
- FrauenRat NRW e. V.
- Landesfrauenrat Rheinland-Pfalz e.V.
- Frauenrat Saarland e.V.
- Landesfrauenrat Sachsen e.V.
- Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V.
- LandesFrauenRat Schleswig-Holstein e.V.
- Landesfrauenrat Thüringen e.V.

PRESSEMITTEILUNG

Wahlbeben in Sachsen-Anhalt: Landesfrauenräte schließen die Reihen

Die Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR[1]) erklärt sich angesichts des historischen Rechtsrucks und der bevorstehenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin solidarisch mit allen Landesfrauenräten. Die Gefahr für Demokratie und Gleichstellung ist kein Problem einzelner Bundesländer, sondern eine bundesweite Herausforderung.

15.09.2026 – Internationaler Tag der Demokratie

Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 6. September 2026 markiert einen Einschnitt: Eine als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei wurde mit großem Abstand stärkste Kraft und verfehlte die absolute Mehrheit nur knapp. Für die Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) ist dieses Ergebnis ein Alarmsignal weit über Sachsen-Anhalt hinaus. Auch in anderen Bundesländern ist eine gravierende Diskursverschiebung zu erkennen und viele erkämpfte Rechte werden offen in Frage gestellt. Die KLFR befürchtet, dass der politische Rechtsruck zivilgesellschaftliche Strukturen und die gleichstellungspolitische Arbeit mit wachsender Härte treffen wird.

Kein Problem der neuen Bundesländer

Die KLFR warnt eindringlich davor, das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt als isoliertes ostdeutsches Phänomen abzutun. Die politische Richtung, die sich hier abzeichnet, ist eine Gefahr für die Demokratie insgesamt und sie macht an keiner Landesgrenze halt. Auch mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin am 20. September 2026 ist klar: Diese Entwicklung kommt überall an. Gleichstellungspolitische Errungenschaften, zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Strukturen stehen bundesweit unter Druck.

Solidarität und Schulterschluss aller Landesfrauenräte

Die KLFR erklärt sich ausdrücklich solidarisch mit allen Landesfrauenräten in Deutschland und deren ehrenamtlichen und hauptamtlichen engagierten Mitgliedern. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen ist ein geschlossenes Auftreten aller Landesfrauenräte wichtiger denn je. Angriffe auf

[1] Die Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) ist der bundesweite Zusammenschluss der Landesfrauenräte. Sie tagt einmal jährlich und hat ihren Sitz bei dem jeweiligen Landesfrauenrat, der den Vorsitz inne hat. Insgesamt vertritt die Konferenz der Landesfrauenräte die Interessen von ca. 14 Millionen Frauen in Deutschland und ist damit eine der größten Interessenvertretungen auf deutschem Gebiet. Ziel der Konferenz ist neben der Beratung und Beschlussfassung der Anträge ihrer Mitglieder vor allem die Bündelung der gemeinsamen Interessen, die Förderung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches sowie eine intensive Netzwerkarbeit. (Quelle: KLFR Deutschland, https://klfr-deutschland.jimdofree.com/)

einen Landesfrauenrat oder die Schwächung demokratischer Strukturen in einem Bundesland sind eine Angelegenheit aller Landesfrauenräte – und der Demokratie insgesamt.

Die Landesfrauenräte lassen sich von dieser Entwicklung nicht einschüchtern. Sie stehen zusammen, um ihre Strukturen, ihre Arbeit und die gleichstellungspolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu verteidigen. Jetzt und in den kommenden Wahlkämpfen.

Forderungen

Die KLFR fordert Politik und Öffentlichkeit auf, zivilgesellschaftliche Strukturen, die sich für Gleichstellung und ein demokratisches Miteinander einsetzen, konsequent zu schützen und ihnen den notwendigen Rückhalt zu geben – strukturell, finanziell und öffentlich. Gerade jetzt, im Vorfeld weiterer wegweisender Wahlen, müssen demokratische und gleichstellungspolitische Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen strukturell geschützt und finanziell gestärkt werden. Ein klares Bekenntnis zu Demokratie und Gleichstellung und zum Kampf gegen Antifeminismus muss in das politische Handeln auf allen Ebenen eingebettet werden.

Für Rückfragen und weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

FrauenRat NRW e.V.
Murielle Guéguen
murielle.gueguen@frauenrat-nrw.de